

1. EINLEITUNG

Im Jahr 2004 begann das Motto »Einwanderungsstadt BEŘŁŸŇ Under Construction«, ohne dass dies angekündigt oder politisch debattiert worden wäre, plötzlich die Publikationen des Berliner Senatsbeauftragten für Migration und Integration zu schmücken. Vergegenwärtigt man sich die Traditionslinien des deutschen Einwanderungsdiskurses, offenbart dieses Motto in mehrerlei Hinsicht einen nicht unerheblichen Bruch. Zunächst ist der Begriff Einwanderungsstadt streng genommen eine Tautologie. Nicht zuletzt die Geschichte Berlins zeigt, dass europäische Metropolen ohne Zuwanderung und seit dem Entstehen von Nationalstaaten auch ohne Einwanderung, also einem auf Dauer angelegten Überschreiten nationaler Grenzen, nicht existieren. Eine Erkenntnis lässt sich aus diesem Begriff daher lediglich ziehen, wenn man ihn auf eine deutsche Politik bezieht, die über ein Jahrhundert lang dauerhafte Einwanderungsprozesse nicht nur zu verhindern suchte sondern deren Existenz selbst dann noch leugnete, als sie längst nicht mehr zu übersehen waren. Entgegen der historischen Realität galt nicht Migration als »Normalfall« – so die Historiker Klaus J. Bade und Jochen Oltmer – sondern selbst bezogen auf die großen Städte eine behauptete ethnische und kulturelle Homogenität. Eine solche prägte aber lediglich in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten ein Stück weit die städtische Realität, weil der Nationalsozialismus und die Folgen des Weltkriegs die vorherige nationale, ethnische und kulturelle Diversität gewaltsam eliminiert hatten. Der Begriff »Einwanderungsstadt« symbolisiert in diesem Kontext erstmals das Bekenntnis zur Normalität einer städtischen Gesellschaft, die wesentlich durch Migration geprägt ist, und ist damit als klarer Bruch mit der politischen Tradition dieses Landes zu lesen.

Die Metapher ›*Under Construction*‹, auf Deutsch ›im Bau‹, wiederum assoziiert nicht nur den Berliner Mythos, die Stadt sei dazu »verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein«, der auf ein Diktum von Karl Scheffler aus dem Jahr 1910 zurück reicht. Sie verweist auch auf den politischen und gesellschaftlichen Konstruktionscharakter des ›Komplexes der Immigration‹, der mit Etienne Balibar das gesamte Ensemble von Ideologien, Praktiken und Institutionen umfasst, die ›Immigration‹ bestimmen. Da sich Stadt als soziales wie baulich-räumliches Konstrukt per se *under construction* befindet, eben immerfort wird und niemals ist, enthält auch diese Metapher eine Tautologie, die nur im Kontext des bisher dominanten Immigrationsdiskurses einen Sinn ergibt. Denn dieser deutete Einwanderung als hoffentlich rückgängig zu machenden oder zumindest künftig zu verhindernden Sonderfall, dessen Beginn die Ankunft der ersten ›Gastarbeiter‹ markiert. Dies manifestierte sich etwa in Redeweisen von einem ›Ausländerproblem‹ oder in politischen Konzepten wie ›Integration auf Zeit‹. ›*Under construction*‹ würde innerhalb dieses Diskurses auf einen Zeitraum verweisen, der den Prozess zwischen einem ersten Spatenstich – die staatlichen Anwerbeverträge ab 1955 – und der Fertigstellung des Gebildes – der Moment einer vollständigen Assimilation der eingewanderten ›Gastarbeiter‹ – beschrieb und damit verkannte, dass der Zusammenhang zwischen Migration und Stadt prinzipieller Natur ist und sich nicht auf eine historische Phase reduzieren lässt. Auf der anderen Seite hat etwas, das im Bau ist, auch Architekten und Baumeister, es entsteht zielgerichtet nach einem Plan oder zumindest einem groben Konzept. Die Metapher bricht so mit der dominanten Deutung von Einwanderungsprozessen und ihren Effekten – wie den viel diskutierten ›Integrationsproblemen‹ – als gleichsam naturwüchsige Phänomene. Dagegen zeigt die Geschichte Berlins, dass im Ursprung jener Migrationsprozesse, welche die städtische Entwicklung in den letzten drei Jahrhunderten prägten, meist Anwerbepraktiken liegen, die einem politischen oder ökonomischen Eigeninteresse folgen. Der dominante diskursive Mechanismus wiederum, Fragen von Integration primär an die Kultur oder das Verhalten von Einwanderern zu koppeln, verdrängte lange erfolgreich, dass für deren soziale Randständigkeit oder gar Exklusion im Kern mehrheitsgesellschaftliche Schließungsmechanismen verantwortlich sind, die ebenfalls einer langen historischen Tradition folgen. Geht man hingegen davon aus, dass sich eine Einwanderungsgesellschaft ›*under construction*‹ befindet, bedeutet dies nicht zuletzt, dass ein mögliches Scheitern oder, um im Bild zu bleiben, eine Baufälligkeit dieses Gebildes hauptverantwortlich jene Bauherren, Architekten und Ingenieure – und damit hier

die gesellschaftlichen Institutionen – zu tragen haben, die es konzipierten.

Schließlich legt der zu ›BEŘĽŸÑ‹ verfremdete Name der Stadt eine Lesart nahe, die sprachliche und kulturelle Diversität als charakteristisches, vor allem aber als erwünschtes Merkmal Berlins interpretiert. Denn diese Verfremdung geschieht mit Hilfe von diakritischen Zeichen, die im Deutschen nicht vorkommen und Sprachen verschiedener Einwanderergruppen assoziieren. Gerade in einer Zeit, in der dominierende Integrationsdiskurse das Beherrschen der deutschen Sprache zum wesentlichen Maßstab erklären, um die vorgebliche Integrationswillig- und -fähigkeit eines Einwanderers zu bewerten, symbolisiert diese Sabotage des Hauptstadtnamens das Bekenntnis zu einer aus Migration resultierenden Vielfalt. Gleichzeitig besagt dies noch nichts darüber, welcher Art diese Vielfalt sein möge, also welche Gruppen sie ein- oder ausschließt. Die Verfremdung von Berlin zu ›BEŘĽŸÑ‹ zumindest enthält aus welchen Gründen auch immer keinerlei diakritische Zeichen aus den Sprachen gerade jener imaginären ›natio-ethno-kulturellen‹ Gruppen – nämlich der ›Türken‹, ›Russen‹ und ›Araber‹ –, die ein Gros der heutigen Berliner Einwanderer stellen und im Visier der aufgeregtesten Integrationsdebatten stehen.

Kontexte

Da Städte stets die Orte waren, an denen sich Migration artikuliert, verwundert es nicht, dass im paradigmatischen Einwanderungsland USA Studien über Zusammenhänge zwischen Migration und Urbanisierung die Stadtforschung begründeten und mit der ›*Chicago School*‹ die Migrations- und die Stadtsoziologie untrennbar zusammenwuchsen. Seit den 1960er Jahren wurde diese »klassische Theorie der ethnischen Assimilation« (Neckel 1997: 259) zunehmend durch machttheoretische Fragestellungen herausgefordert, die sich von deren Fokus auf kulturelle Aspekte abwandten. Dieses Wissensstadium, so argumentieren Elçin Kürşat-Ahlers und Hans-Peter Waldhoff zu Recht, hat »die deutsche Migrationssoziologie noch kaum erreicht« (2001: 41). Und dies gilt, so ist hinzuzufügen, in besonderem Maße für die sozialwissenschaftliche Stadtforschung. Da sich diese in Deutschland lange Zeit kaum mit der Migrationsforschung berührte, sind die hiesigen Wissensbestände über die Zusammenhänge zwischen Einwanderung und Stadtentwicklung gering. Gleichzeitig spielten ideologie- und diskurstheoretische Debatten nahezu keine Rolle. Ebenso wie die ›Ausländerforschung‹ arbeitete die Stadtforschung hauptsächlich im Auftrag staatlicher Institutionen. Beide blieben »ein an Pragmatik und Alltagsprobleme gefesselter, vielfach

politisch dominiertes Feld« (ebd.: 44). Meist affirmierten die Untersuchungen politisch besetzte Begriffe wie jenen der ›Integration‹ anstatt sie zu hinterfragen, vollzogen bereits in ihren Vorannahmen die Spaltung zwischen ›Eigen‹ und ›Fremd‹ oder ›deutsch‹ und ›ausländisch‹ nach, anstatt sie als soziale Konstruktion zu analysieren oder folgten kritiklos jener Überbetonung des Kulturellen, die aus dem deutschen Verständnis von Staatsbürgerschaft resultiert. Bestehende Machtstrukturen und die Konstruktion des Immigrationskomplexes durch die Mehrheitsgesellschaft spielen bis heute kaum eine Rolle bei der empirischen Analyse der ›Einwanderungsstadt‹. Nicht zuletzt die seit den 1960er Jahren mit erstaunlicher Regelmäßigkeit kursierenden Ghetto Diskurse, die eine sozialräumliche Segregation von Einwanderern ohne empirische Basis für deren vermeintlich scheiternde Integration verantwortlich machen, oder das politische Leitbild einer ethnisch-räumlichen Mischung der Städte, das jahrzehntelang kaum hinterfragt die deutsche Stadtplanung bestimmte, demonstrieren die Notwendigkeit, die Herstellungsprozesse und Effekte solcher Diskurse auf die Lebenschancen der Einwanderer und auf das Zusammenleben der städtischen Mehr- und Minderheiten zu hinterfragen.

Im Fokus der deutschen Stadtforschung zum Themenkomplex ›Stadt und Migration‹ standen dagegen empirische Studien über Lebensverhältnisse von Migranten vor allem bezogen auf das Arbeiten und das Wohnen. Hierbei trifft die These des Kulturanthropologen Sven Sauter (2000: 13) zu, dass der Begriff Ausländerforschung viel präziser als jener der Migrationsforschung »die impliziten Ideologien, Wahrnehmungsbeschränkungen und Konzeptionen [bezeichnet], die das Fremde erst in seiner Beschreibung objekthaft konstituieren«. Denn »die Objektseite in diesem Paradigma bleibt strikt für die Ausländer reserviert. Untersucht werden die Anderen, von denen man getrennt und isoliert steht« (ebd.). So existieren keine größeren Studien, um Zusammenhänge zwischen Stadtentwicklungsprozessen und imaginären Konstrukten zu untersuchen, die ein »natio-ethno-kulturelles Wir« von einem ›Nicht-Wir‹ abspalten (Paul Mecheril). Im Gegensatz zum englischsprachigen Raum (bspw. Davis 1994; Fainstein 1993; Massey/Denton 1993; Back 1996) wurde die Rolle von Rassismus für die Stadtentwicklung ausgeblendet.

Jüngere Sammelbände zeigen, dass neben Fragen der ethnischen Segregation sowie der Inklusion von Migranten in die Wohn- und Arbeitsmärkte zunehmend auch ihre symbolische oder politische Repräsentation, die Integrationspolitik der Kommunen oder das alltägliche Zusammenleben von Autochthonen und Allochthonen in den empirischen Fokus rücken (Häußermann/Oswald 1997; Schmals 2000; Gese-

mann 2001; Gestring u.a. 2001; Bukow u.a. 2001). Gleichzeitig demonstrieren diese Publikationen, dass ideologie- oder diskurstheoretische Analysen des städtischen Immigrationskomplexes immer noch fehlen. So spielt die soziologische Erkenntnis, wonach »ethnische Identität« ein aus der Einwanderungssituation resultierendes soziales Konstrukt ist (Dittrich/Radtke 1990; Yildiz 1997) für die hiesige sozialwissenschaftliche Stadtforschung bis heute kaum eine Rolle. Auch die »*Cultural Studies*« oder ethnologische Studien über den Kulturbegriff (Hall 1994; Welz 1996; Schiffauer 1997; Sökefeld 2004) werden weitgehend ignoriert. Gerade Studien der Stadtforschung, die in den Fokus der politischen und medialen Öffentlichkeit gelangten, hantieren in der Regel noch immer mit einem statischen und essentialistischen Konzept von »Ethno-Kultur«, das als komplett überholt gelten muss. Vollständig ausgeblendet wird auch die empirische Rassismusforschung, die in der letzten Dekade in Deutschland entstanden ist (etwa S. Jäger 1996; M. Jäger 1996; Terkessidis 2000; Morgenstern 2002). Dagegen tabuisiert die herrschende Stadtsoziologie ebenso wie der politische Mainstream den Rassismusbegriff bis heute. Allein darin zeigt sich die nach wie vor enge Verflechtung des politischen und des sozialwissenschaftlichen Einwanderungsdiskurses.

Fragen und Thesen

Einer solchen stadtsoziologischen Wissensproduktion, die noch vielfach als Bestandteil einer nationalen und kommunalen Bevölkerungspolitik anzusehen ist, möchte ich eine Untersuchung entgegen setzen, die am Beispiel der Berliner Stadtentwicklung die Genese und Effekte von Grenzziehungen zwischen einem natio-ethno-kulturellen »Wir« und einem »Nicht-Wir« analysiert. Auf der Basis neuerer Theorien des Städtischen (etwa Lefèbvre 1990; Castells 1983; Harvey 1989; Soja 1989; Wentz 1991; Benko/Strohmayer 1997) gehe ich von einer sozialen Produktion des Raumes und von Immigration als integralem Bestandteil von Stadt aus: Einwanderer nehmen in unterschiedlichen städtischen Entwicklungsphasen bestimmte ökonomische, soziale und politische Funktionen ein, die jeweils mit spezifischen In- oder Exklusionsmechanismen einher gehen. Grundsätzlich verteidigen mächtige soziale Gruppen ihre Privilegien durch gesellschaftliche Schließungsakte (Max Weber), die »Andere« minorisieren und ihnen gleiche Rechte oder soziale Anerkennung verweigern. Bezogen auf Einwanderer unterscheiden sich solche Grenzziehungen nach ethnischer oder nationaler Herkunft, nach Religion, Geschlecht, Aufenthaltsstatus oder sozialer Lage und strukturieren deren Handlungschancen in der Stadt. Sie sind nicht primär als

Strategien zu verstehen, um Immigration rational zu bewältigen, sondern resultieren aus historisch sedimentierten Vorbehalten und Ängsten, aus dem ökonomischen Interesse nach einem disponiblen Arbeitskräftereservoir sowie aus dem politischen Interesse, ein Eigenes und ein Fremdes voneinander zu spalten. Von der Mehrheitsgesellschaft ausgehende Grenzziehungen folgen also zum einen der politischen Kultur des Einwanderungslandes und sind zum anderen nur im Kontext seiner jeweils aktuellen (stadt)gesellschaftlichen Formation zu verstehen.

So haben sich mit der neuartigen Einbindung der Städte in die globalisierten Märkte der gesellschaftliche Immigrationsdiskurs und darauf bezogene politische Strategien in den letzten Jahren spürbar gewandelt. Zwei Stränge, so eine Ausgangsthese der Arbeit, scheinen sich heraus zu kristallisieren: Zum einen etablierte sich im Zuge der Greencard-Debatte, die Bundeskanzler Schröder im Jahr 2000 angestoßen hat, ein breiter politischer Konsens, der ökonomische Prosperitätchancen einer global konkurrierenden Metropole an ihre kulturelle Diversität und an eine verstärkte Zuwanderung internationaler Funktionseliten koppelte. Zum anderen begannen im gleichen Zeitraum Debatten vorzuherrschen, die ein ›Scheitern der Integration‹ bestimmter Einwanderergruppen konstatieren und dies pauschal mit ihrer ›Kultur‹ oder ihrem Verhalten verknüpfen. So etablierte sich nach den New Yorker Attentaten vom 11. September 2001 ein Konfliktszenario zwischen dem Westen und dem Islam, das Muslime als Bedrohungspotential für ›die westliche Wertegemeinschaft‹ deutet. Vorherrschende Diskurse über sozialräumliche Polarisierungsprozesse in Berlin und über ›Integrationsprobleme‹ muslimischer Einwanderer begannen zum Bedrohungsszenario eines gefährdeten sozialen Friedens zu verschmelzen. Gerade vor dem Hintergrund der Krise des Wohlfahrtsstaates, so beobachtet die Ethnologin Ayşe Çağlar (2001: 334), scheint das Thema Immigration »zu einer alles dominierenden politischen Frage zu werden, die alle anderen Themen überlagert«.

Um solche Thesen zu untersuchen, sind der politische, ökonomische und soziale Kontext des Komplexes der Immigration sowie der gesellschaftliche Einwanderungsdiskurs als Ausgangspunkte für städtische Politik zu analysieren. Dies gilt für deren historische Genese ebenso wie für die aktuelle Situation. Die Studie fokussiert im Gegensatz zum stadtsoziologischen Mainstream also nicht das Handeln oder die Lebenssituation von Einwanderern in der Stadt sondern Strukturen und Praktiken der städtischen Aufnahmegesellschaft, die sich auf den Immigrationskomplex beziehen. Sie untersucht die Wechselwirkungen zwischen Stadtentwicklungsprozessen in Berlin, der Rolle von Einwanderern darin sowie politischen und administrativen Mechanismen, die sich auf diese

beziehen. Empirisch konzentriert sie sich auf die Analyse lokaler Diskurse und Politikmuster. Zentrale Fragen sind: Welche Einwanderergruppen und welche ihrer sozialen oder kulturellen Praktiken geraten in spezifischen Phasen der Berliner Stadtentwicklung ins Visier welcher Grenzziehungen? Welche Folgen entstehen daraus für die Machtstrukturen und das Zusammenleben zwischen Mehrheitsgesellschaft und ›nationethno-kulturellen‹ Minderheiten sowie für die sozialen Chancen von Einwanderern im städtischen Alltag?

Theorie und Methoden

Methodisch orientiert sich die Studie an der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse im Anschluss an Michel Foucault. Der Mainstream der deutschen Sozialforschung hatte diskursanalytische Verfahren zunächst lange aus seinem Kanon ausgegrenzt. Als sie innerhalb des letzten Jahrzehnts eine zunehmende Akzeptanz fanden, entstanden jedoch zahlreiche theoretische und forschungspraktische Arbeiten, auf die ich hier zurückgreifen kann (vgl. Bublitz u.a. 1999; Keller u.a. 2001, 2003). Dies ermöglicht es mir, meinen theoretischen und methodischen Zugriff lediglich als kurze Positionsbestimmung darzustellen, auf ein einleitendes Theoriekapitel aber zu verzichten und diskurstheoretische Begriffe und Methoden innerhalb jener inhaltlichen Kapitel zu diskutieren, in denen sie zum Einsatz kommen.

Mit Hannelore Bublitz (1999: 27) verstehe ich die aus der Diskurstheorie von Michel Foucault entwickelte Methodik als »umfassende Gesellschaftsanalyse«. Sie analysiert die Beziehungen »zwischen Institutionen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen, Verhaltensformen, Normsystemen, Techniken, Klassifikationstypen und Charakterisierungsweisen«, die es dem Diskurs gestatten, »in Erscheinung zu treten« (Foucault 1981: 68). »Diskurs« bedeutet dabei eine institutionalisierte, bestimmten Regeln folgende gesellschaftliche Redeweise, die Machtwirkungen besitzt insofern sie das Handeln von Menschen bestimmt (vgl. Link 1982; Jäger 1993). Diskurse sind also keine bloßen und flüchtigen Abbildungen von Realität sondern »Ausdruck und Konstitutionsbedingung des Sozialen« (Bublitz u.a. 1999: 13). Da jede Gesellschaft »die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert« (Foucault 2003: 11), definieren Diskurse für eine Gesellschaft, was wahr und unwahr, sagbar und nicht sagbar ist. Diese Definitionsmacht ist innerhalb eines Wucherns von miteinander konkurrierenden und ineinander verflochtenen Diskursen, das Siegfried Jäger als »Fluss von Wissen durch die Zeit« bezeichnet, umkämpft. Da es eine Machtfrage darstellt, wer diesen Wissensfluss in welche Bahnen

lenkt, sind Diskurs und Macht untrennbar aneinander gekoppelt (vgl. Huffscheid 2004). Um einen Diskurs zu produzieren und um die ›Probleme‹, die er definiert, zu bearbeiten, ist ein Ensemble aus einer »materiellen, handlungspraktischen, sozialen, kognitiven und normativen Infrastruktur« (Keller 2001: 134) erforderlich, das Foucault als Dispositiv bezeichnet. Dispositive umfassen also auch Bauten, Institutionen, Gesetze oder Erziehungsprogramme.

Als Strukturmuster gesellschaftlicher Ordnung konstituieren Diskurse einen unhintergehbaren Sinnhorizont für die Subjekte. Insofern sie Subjektivitäten und Gegenstände sowie individuelles und kollektives Handeln bestimmen, sind sie »nicht ›weniger materiell‹ als die ›rechte Realität‹« (Jäger 2001: 85). Der Diskursbegriff unterscheidet also nicht zwischen Denken und Handeln, Sprache und Praxis sondern versteht diskursive Praxis als Handeln, das Bedeutungen produziert: »Da alle sozialen Praktiken bedeutungsvoll sind, haben sie auch einen diskursiven Aspekt. So treten Diskurse in alle Praktiken ein und beeinflussen sie« (Hall 1994: 150). Als sprachliche Praktiken wiederum stellen Diskurse nur *eine* Form der Machtproduktion dar (vgl. Lorey 1999). Subjekte können nun Diskurse weder beliebig gestalten, da diese ihnen strukturell vorgeordnet sind, noch sind sie ihnen völlig unterworfen. Indem sie als Sprecher »die Akte vollziehen, durch die Diskurse existieren« (Keller 2001: 134), argumentieren sie oder entwickeln Geschichten und handeln aktiv. Grundsätzlich existieren neben – beispielsweise akademischen oder bürokratischen – Spezialdiskursen auch allgemein verständliche und öffentliche ›Interdiskurse‹ (Jürgen Link), zu denen vor allem politische oder mediale Diskurse gehören. Diese sind für die Allgemeinheit nur passiv zugänglich, da sie durch Machtpraktiken kontrolliert und beschränkt werden. Lediglich Gruppen mit einer herausgehobenen gesellschaftlichen Position, die ich im Weiteren als Diskurseliten bezeichne, haben einen aktiven Zugang zu diesem öffentlichen Diskurs, können ihn also tragen und in bestimmte Bahnen lenken (vgl. Schneider 2001). Allgemein offen steht dagegen der Alltagsdiskurs, dessen unmittelbare Wirkung sich weitgehend auf Gesprächssituationen beschränkt.

Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse erfasst nun das in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit Sagbare sowie die Strategien, dieses einzuengen oder auszudehnen (Jäger 2001). Sie sucht die »Regelmäßigkeit sozialer Wirklichkeit« zu rekonstruieren (Bublitz 2001: 234). Es geht darum, Spannungs- und Kräfteverhältnisse – einschließlich von Widersprüchen und Bruchlinien – herauszuarbeiten, die bei der sozialen Produktion und Distribution von Bedeutung auftreten und so zu rekonstruieren, wie sich gesellschaftliche Kompromisse und Konsense formieren. Nicht zuletzt insofern sie auch akademische Wahrheiten als jeweils

historisch ›verfunden‹ versteht und analysiert, wie diese »innerhalb gesellschaftlicher, ökonomischer und kultureller Hegemonie sichtbar werden«, hat Diskursanalyse einen »de-ontologisierenden Charakter« (Bublitz u.a. 1999: 13f.). Neben Bildern oder schriftlichen Texten (Dokumente, Medienbeiträge) sind auch Redeereignisse, die im Rahmen von Interviews methodisch provoziert werden, auf ihre diskursive Struktur analysierbar: »Die Rede eignet sich gleichsam indirekt durch die Art der inneren Auseinandersetzung, Widerlegung und Zustimmung ein diskursives Element an und knüpft damit an einem komplexen Redenetz. [...] Redeereignisse bilden also [...] ein diskursives gesellschaftliches Verhältnis« (Demirovic 1996: 103).

Art und Weise

Die vorliegende Studie erforscht also am Beispiel Berlins politische und administrative Diskurse, Leitbilder, Strategien und Instrumente, die für die Konstitution des städtischen Immigrationskomplexes wirksam werden. Der analytische Fokus liegt auf den Überschneidungsfeldern der thematisch einheitlichen Diskursstränge ›Stadtentwicklung‹ und ›Einwanderung/Integration‹. Er ist also primär thematisch und nicht disziplinär oder akteursbezogen. Da gerade der öffentliche Diskurs den nicht-sprachlichen politischen Praktiken mittelbar das Feld bereitet, sind aber neben offiziellen Dokumenten die Deutungsmuster und Legitimierungsstrategien städtischer Diskurseliten von besonderem Interesse.

Da Diskurse »als Effekte historischer Praktiken zu analysieren sind« (Bublitz 2001: 251) und auf einem ›Archiv‹ basieren, das die Gesetze dessen markiert, »was in einer Kultur gesagt oder gedacht werden kann« (ebd.: 255), sind zunächst jene historischen Diskursformationen zu rekonstruieren, die dem aktuellen städtischen Immigrationskomplex vorgeordnet sind. Diese untersuche ich im ersten Teil der Arbeit (Kapitel 2) mit Hilfe von Literaturstudien und – soweit möglich – von publizierten politischen Dokumenten. Dabei reicht der Zeitraum von 1685, dem Jahr des ›Edikts von Potsdam‹, das als Gründungsdokument der Berliner Einwanderungspolitik gilt, bis 1990, als beide Stadthälften nach dem Fall der Mauer fusionierten. Diesem und auch den anderen Kapiteln sind insgesamt fünf Exkurse zur Seite gestellt, die für die Arbeit wichtige theoretische Fragen vertiefen und deutlich machen sollen, wie ich mich innerhalb der aktuellen wissenschaftlichen Debatte dieser Fragen positioniere.

Der zweite Teil der Studie (Kapitel 3) befasst sich mit der Entwicklung der neuerlichen deutschen Hauptstadt seit 1991. Die entsprechenden Abschnitte versuchen zu rekonstruieren, wie in dieser Epoche einer

Berlin regierenden Großen Koalition, deren hochfahrende Visionen Weltstadtcharakter für ein ›Neues Berlin‹ reklamierten, Stadtentwicklung und Immigration aufeinander einwirkten. Das Augenmerk liegt auf der Frage, wie sich politische Grenzziehungen gegenüber Einwanderern veränderten, als Berlin eine neue imaginäre Bedeutung als deutsche Hauptstadt, ›Global City‹ oder internationale Kulturmetropole erhielt, die städtische Ökonomie in eine tiefe Krise schlitterte, die städtische Gesellschaft sich zunehmend fragmentierte und polarisierte sowie neue Formen von Migration auftraten. Zum einen stelle ich die wesentlichen Prozesse der Stadtentwicklung auf der Basis wissenschaftlicher Literaturstudien dar. Zum anderen unterziehe ich politische Diskurse, in denen sich die Stränge Stadtentwicklung und Einwanderung verschränken, einer diskursiven Primäranalyse. Für deren Textkorpus durchforstete ich systematisch alle in diesem Zeitraum thematisch relevanten Senatspublikationen und Schrift Dokumente des Berliner Abgeordnetenhauses, alle Expertisen zur Beratung der Berliner Politik und alle Beiträge in den Printmedien ›Berliner Morgenpost‹, ›Berliner Zeitung‹, ›tageszeitung‹ und ›Der Spiegel‹, die zusammen ein breites ideologisches Spektrum abdecken. Aus diesem Material filterte ich zunächst mehrere diskursive Ereignisse heraus, also faktische oder mediale Ereignisse, die Diskursverläufe erheblich beeinflussen (vgl. Jäger 2001). Dazu gehören hier primär der Publikationszeitraum mehrerer Sozialstudien über städtische Armutsräume (1997/98), die Greencard-Rede von Bundeskanzler Schröder (2000) sowie der Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh (2004). Um die politische Diskursebene vollständig zu erfassen, analysierte ich systematisch ausgewählte Dokumente und Debattentexte sowie mediale Beiträge (Interviews, Kommentare) relevanter Diskurseliten auf ihre diskursiven Strukturen. Da dasselbe für den medialen Diskurs einen immensen Aufwand bedeutet hätte, habe ich Medientexte nur in wenigen Einzelfällen einer systematischen Diskursanalyse unterzogen. Sie dienen ansonsten als Informationsquellen über Ereignisse und Diskursverläufe. So wählte ich die Interviewpartner nicht zuletzt nach ihrer thematisch relevanten medialen Präsenz aus, die auf ihre diskursive Macht hinweist.

Der dritte Teil der Studie (Kapitel 4) besteht im Kern aus einem synchronen Schnitt durch die Diskursstränge ›Stadtentwicklung‹ und ›Einwanderung/Integration‹ zum Zeitpunkt der Interviews (Oktober 2004 bis Februar 2005). Zu dieser Zeit regierte in Berlin seit etwa drei Jahren eine SPD-PDS-Koalition, nach deren Antritt sich die politisch vorherrschenden Diskurse und Strategien in diesem Feld erheblich gewandelt hatten. Mit Ausnahme eines rot-grünen Intermezzos (1989/90) hatte davor zwei Dekaden lang die CDU sowohl die Innensenatoren als auch

die Ausländerbeauftragte gestellt und das Feld der Berliner ›Ausländer- und Integrationspolitik‹ dominiert. Gerade in den 90er Jahren waren Fragen sozialer Chancen von Einwanderern im Schatten der städtischen Boomvisionen verkümmert. Nicht zuletzt weil der öffentliche Diskurs in Folge des 11. September 2001 ein vermeintliches ›Scheitern der Integration‹ muslimischer Einwanderergruppen skandalisierte, geriet ›Integrationspolitik‹ zu einem wichtigen Aktionsfeld des neuen Senats. Dies gipfelte im August 2005 in einem ›Integrationskonzept für Berlin‹, das erstmals Leitbilder, Ziele und Strategien einer ›Integrationspolitik‹ definiert, die alle politischen Zuständigkeiten des Landes umfassen sollen. In diesem Kontext soll der dritte Teil der Studie das gegenwärtige Wuchern und sich Verschränken der Diskursstränge ›Stadtentwicklung‹ und ›Einwanderung/Integration‹ entwirren, die dabei auftretenden Regeln und Muster aufzeigen und sie – um mit Foucault zu sprechen – in ihren Beziehungen zu ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen sowie zu Institutionen, Normsystemen und (Sozial)Techniken analysieren. Das Ziel bestand darin, die gesellschaftlichen ›Sinn-Ordnungen und -Unordnungen‹ (Bublitz u.a. 1999: 13) bezogen auf den aktuellen städtischen Komplex der Immigration zu rekonstruieren. Diese können aus einem Textkorpus herausgefiltert werden, so die methodische These, den ich in Interviews mit Repräsentanten der städtischen Diskurseliten methodisch provoziert und durch systematisch ausgewählte politische Dokumente und Debatten des Abgeordnetenhauses ergänzt habe. Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Datenerfassung chronologisch mit den Interviews enden zu lassen, bezog ich das zu Beginn der Studie nicht absehbare Berliner Integrationskonzept in die empirische Analyse ein, deren Zeitraum sich damit bis zu dessen Publikation im September 2005 erstreckt.

Den Kern der Daten bilden also 26 Interviews, die ich mit 34 Akteuren aus Politik, Senats- und Bezirksverwaltungen sowie aus zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt habe. Bei ihrer Auswahl ging es primär um Diskurseliten, also um Akteure, die Diskurse und Politikmuster über Stadtentwicklung und Immigration maßgeblich prägen und gestalten. Aus dieser Gruppe interviewte ich auf Landesebene jeweils mehrere (Ex-)Senatoren, Staatssekretäre, Partei- und Fraktionsvorsitzende, sonstige Landesspitzenpolitiker, Behördenleiter und Spitzenfunktionäre ziviler Organisationen sowie auf der kommunalen Ebene mehrere (Ex-)Bürgermeister und Stadträte. Eine zweite Gruppe von Interviewpartnern bildet das Ziel ab, auch Interpretationsmuster von Akteuren zu erfassen, die im staatlichen Auftrag ›Probleme‹ praktisch bearbeiten, die der städtische Einwanderungs- und Integrationsdiskurs definiert. Sie umfasst diverse höhere Beamte und im städtischen Alltag agierende

Experten. Zwar können diese Akteure den öffentlichen Diskurs nur in Sonderfällen prägen und sind kaum als Diskurseliten anzusehen. Als Schnittstellen zwischen staatlichen Apparaten und der Bevölkerung wirken sie aber maßgeblich auf Mechanismen der In- oder Exklusion von Einwanderern ein, die im Alltag wirksam werden. Zudem nehmen sie einen erheblichen mittelbaren Einfluss auf den öffentlichen Einwanderungsdiskurs. Denn wie viele der Interviews zeigen, koppeln diese »Praktiker« ihre Wahrnehmungsmuster an Diskurseliten zurück, die als Mandatsträger oder Spitzenfunktionäre entscheidungsbefugt sind und solche Deutungen des städtischen Alltags in ihre Legitimierungsmuster integrieren. Aus methodischen Gründen habe ich beschlossen, die Interviews auch mit bekannten Berliner Persönlichkeiten zu anonymisieren, die öffentlich in den Einwanderungsdiskurs intervenieren. Genauere Angaben dazu finden sich wie zur analytischen Methodik generell im Vierten Exkurs. Im Fokus der Primäranalyse – also neben den Interviews auch der ausgewählten schriftlichen Texte – stand jener »typisierbare Kernbestand« (Keller 2001: 132) an Deutungsmustern, Argumentationsstrukturen und rhetorischen Mitteln, der das spezifische »Interpretationsrepertoire« eines Diskurses bildet. Im Kontext der Leitfragen der Interviews kristallisierten sich dabei drei ineinander verwobene Diskursfelder heraus, die sich in den einzelnen Abschnitten von Kapitel 4 abbilden: Filtert der erste Abschnitt (4.1) das Sprechen über Berlin heraus, lassen sich die folgenden unter den beiden Passepartout-Begriffen des deutschen Einwanderungsdiskurses der letzten Jahrzehnte fassen: Unter »Integration« (4.2) und unter »Multikultur« (4.3).

Schließlich macht das Fazit den Versuch, das gegenwärtige Wuchern der Diskursstränge Einwanderung und Stadtentwicklung in eine kohärente Diskursformation »Einwanderungsstadt Berlin« zu ordnen und deren grundlegende Regeln, Muster und diskursive Gemeinschaften zu bestimmen. Indem es unter anderem diskutiert, inwiefern das historische Archiv des deutschen Einwanderungsdiskurses das innerhalb der Berliner Stadtentwicklung heute dazu Sagbare strukturiert und begrenzt, an welchen Stellen dies bröckelt, umstritten ist oder sich gewandelt hat, schlägt es den Bogen zu den ersten Kapiteln der Studie. Der Auftakt dieser Einleitung stellt in diesem Kontext einen Versuch dar, am Beispiel des Senatsmottos »Einwanderungsstadt BERĹŦŦ Under Construction« solche zentralen Fragen und Thesen anfänglich zu diskutieren und sich dabei bereits jener diskursanalytischen Methodik zu bedienen, auf der die empirische Arbeit basiert.